

## **Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung**

An vielen Orten in Deutschland machen Menschen von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit Gebrauch. Sie gehen für ihre Anliegen auf die Straße – viele von ihnen zum ersten Mal. Sie geben sich nicht mehr damit zufrieden ihre staatsbürgerliche Pflicht nur alle vier, fünf Jahre auszuüben und zur Wahl zu gehen. Sie wollen mitreden und sich einmischen. Sie fordern mehr Beteiligung und Mitsprache auch zwischen den Wahlterminen ein. Das tut unserer Demokratie gut.

Im Mittelpunkt ihres politischen Engagements stehen häufig Bauprojekte und Infrastrukturvorhaben vor der eigenen Haustür oder in der Region. Gemeinsam ist den Protesten, dass die Menschen früher und effizienter an Diskussionen und Entscheidungen, die sie konkret betreffen, beteiligt werden wollen. Und so verbindet sich mit dem Engagement für (Selbst-) Gestaltung auch der Frust über (Fremd-) Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht als staatlicher Souverän, sondern als bloße Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Entscheidungen. Das schadet unserer Demokratie und begünstigt Parteien- und Demokratieverdruss. Dieser zeigt sich in immer niedrigerer Wahlbeteiligung.

Es ist gut, wenn Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen und ihre Anliegen in die eigene Hand nehmen, mit Herz und Verstand. Demokratie braucht leidenschaftliche Demokratinnen und Demokraten, keine unterwürfigen Untertanen. Demokratisches Miteinander lebt vom Gespräch, von der Bereitschaft zuzuhören und auch die andere Seite zu sehen. Das bessere Argument muss sich durchsetzen. Zuhören - das müssen nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch staatliche Stellen. Daran hat es in der Vergangenheit zu oft gemangelt.

Eine lebendige Demokratie braucht Partizipation, Mitsprache und offene Ohren. Sie muss aber auch Entscheidungen hervorbringen, die der Gesellschaft nützen und das Gemeinwohl über Partialinteressen stellen. Neben den tatsächlich demokratischen und partizipativen Entscheidungsverfahren sind gute und nachvollziehbare Ergebnisse politischen Handelns eine zentrale Legitimationsressource unseres Gemeinwesens.

Die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind immens und damit auch die Anforderungen an die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen. 60 Jahre nach Verabschiedung des

Grundgesetzes ist unsere Demokratie noch lange nicht an ihrem Ziel angekommen. Demokratie ist ein ständiger Prozess.

### **Eine lebendige Zivilgesellschaft ermöglichen**

Demokratie bedeutet nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe. Für eine lebendige Zivilgesellschaft brauchen wir neben weitgehenden Beteiligungsverfahren eine offene, transparente Diskussion und die Beteiligung aller im Gemeinwesen. Der Grundstein für das Vertrauen in Mitgestaltung und Beteiligung kann vor Ort gelegt werden. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Ressource ziviler Bürgerkultur. Dafür müssen über Fördermöglichkeiten, Haftungsfragen, Anerkennung oder auch Beratungsstellen die Rahmenbedingungen gesichert sein. Denn Beteiligung beginnt im Kleinen – etwa mit dem Engagement für die nachbarschaftliche Begegnungsstätte oder dem Skating-Park um die Ecke.

Einen wichtigen Beitrag leisten auch zivilgesellschaftliche Initiativen. Ihr Engagement darf nicht durch den Staat reglementiert oder gar kriminalisiert werden. Projekte gegen Rechtsextremismus in den Bundesförderprogrammen müssen als Fördervoraussetzung eine sogenannte „Extremismusklausel“ unterzeichnen, die die Verpflichtung enthält, alle ihre Partnerorganisationen, Referentinnen und Referenten usw. weltanschaulich zu überwachen. Solche Aufgaben sollten den Sicherheitsbehörden vorbehalten bleiben – und dies auch nur in wirklich begründeten Verdachtsfällen. Ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Anderen, wie es die Bundesregierung einigen zivilgesellschaftlichen Initiativen entgegenbringt, behindert eine sachorientierte Debatte.

### **Planungsprozesse durch mehr Partizipation verbessern**

Wie in einem Brennglas verdichtet sich die „demokratische Frage“ bei großen Infrastrukturvorhaben. Um der Gesellschaft als Ganzes eine Zukunft zu bieten, um Probleme wie den Klimawandel zu lösen oder Anforderungen einer modernen Arbeitsgesellschaft gerecht zu werden, brauchen wir den Umbau von Infrastrukturen – seien es neue Energienetze, neue Mobilitätsstrukturen oder der Anschluss aller Regionen ans Internet. Ohne eine bessere BürgerInnenbeteiligung und mehr demokratische Mitsprache wird das nicht gelingen. Aber wir Grüne sind überzeugt: Effizienz und Partizipation sind kein Widerspruch. Eine bessere BürgerInnenbeteiligung ist kein Bremsklotz auf dem Weg in die Zukunft, sondern kann – im Gegenteil – öffentliche und private Vorhaben ausgewogener und schneller realisieren. Außerdem trägt sie zu demokratischer Bildung und Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern bei. Je öfter und je mehr diese sich an politischen

Entscheidungsprozessen beteiligen, desto tiefer wird das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung verankert.

Große Planungsprojekte ohne angemessene Beteiligung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger stellen sich immer wieder als weder wirtschaftlich noch umwelt-, verkehrs- oder stadtentwicklungspolitisch sinnvoll heraus. In diesen Fällen ist es dann bereits zu spät, noch etwas zu verändern. Die Ergebnisse einer solchen verfehlten Politik stehen dann als Bauruinen in der Landschaft herum oder liegen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ohne Nutzen auf der Tasche. Man denke nur an die zahlreichen überproportionierten Regionalflugplätze in Ost und West.

Stuttgart 21 zeigt auch, dass protestierende Bürgerinnen und Bürger nicht nur „Nein-Sager“ sind, die sich gegen Vorhaben stellen, weil diese ihre privaten Interessen betreffen. Die Gegnerinnen und Gegner des Tiefbahnhofs sind Befürworterinnen und Befürworter eines modernisierten Kopfbahnhofs, dessen Leistungsfähigkeit im Schlichtungsverfahren sogar die Stuttgart-21-Befürworter zugestanden haben.

Es gibt gute Beispiele dafür, dass es auch anders geht und dass Großprojekte auch auf die Akzeptanz der Bevölkerung stoßen können: Die Neue Eisenbahn-Alpentransversale NEAT in der Schweiz mit dem Bau des Lötschberg- und des Gotthard-Basistunnels ließen sich erst mit der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen.

Das Argument, mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern oder Umweltverbänden führe zu vermehrten gerichtlichen Klagen und damit regelmäßig zu einer Verzögerung, überzeugt nicht. Bürgerproteste und Klagen folgen in aller Regel aus der Tatsache, dass Bedarfsentscheidungen ohne hinreichende BürgerInnenbeteiligung getroffen oder Probleme und Konflikte in der Planung nicht adäquat berücksichtigt wurden. Klagemöglichkeiten sind ohnehin nur gegeben, wenn gravierende Verfahrensfehler vorliegen. Eine stärkere, bessere und frühere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verbände kann sogar zu einer Verbesserung der Planungsqualität beitragen.

Das aber setzt voraus, dass wir unsere Demokratie fortentwickeln und den Menschen die Mitsprache einräumen, die ein modernes Gemeinwesen braucht um adäquate, demokratisch legitimierte und anerkannte Entscheidungen zu treffen und effizient umzusetzen.

### **Demokratie direkt**

Die Grüne Bundespartei arbeitete über ein Jahr in einer eigens eingerichteten Demokratie-Arbeitsgruppe an diesen Themen. Am 13. März 2011 fand in Mainz ein großer Demokratiekongress statt, an dem sich jede und jeder Interessierte beteiligen konnte:

<http://www.gruene.de/themen/buergerrechte-demokratie/blog-vom-demokratiekongress.html>

Die Arbeit der Demokratie-Arbeitsgruppe mündete dann am 2. Juli 2011 in einem Zukunftskongress und in einem Abschlussbericht:

<http://www.gruene.de/partei/gruene-demokratieoffensive.html>

Als Grüne Bundestagsfraktion stellen wir auch Positionspapiere und parlamentarische Initiativen vorab der Öffentlichkeit zur Diskussion. Beispielsweise haben wir unseren Gesetzentwurf zur Einführung der Direkten Demokratie auf Bundesebene mit fünf Zukunftsfragen verbunden und auf unserem Blog „Demokratie Direkt“ online konsultiert. Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung sind in das Positionspapier „Direkte Demokratie auf Bundesebene einführen - neuen Herausforderungen gerecht werden“ eingeflossen:

[http://ingrid-hoenlinger.de/meine-themen/demokratie/volltext-demokratie/article/neues\\_konzept\\_zur\\_direkten\\_demokratie/](http://ingrid-hoenlinger.de/meine-themen/demokratie/volltext-demokratie/article/neues_konzept_zur_direkten_demokratie/)

Ähnlich positive Erfahrungen haben wir gemacht, als wir das Dokument „Mehr Bürgerbeteiligung für bessere Planung“ auf dem neuen Beteiligungstool „Betatext“ der grünen Bundestagsfraktion im Internet zur Diskussion gestellt haben:

[http://ingrid-hoenlinger.de/meine-themen/demokratie/volltext-demokratie/article/jetzt\\_online\\_konsultation\\_des\\_positionspapiers\\_mehr\\_buergerbeteiligung\\_fuer\\_bessere\\_planung/](http://ingrid-hoenlinger.de/meine-themen/demokratie/volltext-demokratie/article/jetzt_online_konsultation_des_positionspapiers_mehr_buergerbeteiligung_fuer_bessere_planung/).

Diese Online-Konsultation hat unsere Entscheidungsfindung bereichert. Uns Grünen hat das gezeigt: Demokratie wird lebendiger, wenn Menschen sie aktiv mitgestalten.

### **Brauchen wir eine Demokratie-Enquete?**

Die Einrichtung einer Demokratie-Enquete ist eine bedenkenswerte Idee. Eine Grundentscheidung würde es sein, ob sie ausschließlich nationale Themenbereiche oder aber die europäische Dimension von Demokratie mitumfasst.

Die besondere Herausforderung einer Demokratie-Enquete wäre es, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie Bürgerinnen und Bürger vor Ort optimal beteiligt werden. Für solche Prozesse brauchen wir verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen, beispielsweise geeignete Förderprogramme zur Vitalisierung der Demokratie oder öffentliche Wettbewerbe sowie einen Abbau bürokratischer Hürden bei der Mittelbeantragung. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen vom Staat

als Verbündete im Bemühen um mehr Partizipation und bürgerschaftliches Engagement auf Augenhöhe integriert werden.

Eine Demokratie-Enquete kann dazu beitragen, unsere Demokratie kreativer und zukunftsfester zu machen. Wir sollten alle demokratischen Mittel und Wege nutzen, um unsere Demokratie zu vertiefen und zu legitimieren. Dies soll in Übereinstimmung mit und zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger geschehen.

**Ingrid Hönlinger, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ist Sprecherin für Demokratiep politik sowie Mitglied und Obfrau im Rechtsausschuss.

***Kontakt:*** [ingrid.hoenlinger@bundestag.de](mailto:ingrid.hoenlinger@bundestag.de)